

# Die Armee im Jahr 2030 – mehr Wunschkatalog als Vision

**Die unter dem Titel «Die Schweizer Armee im Jahr 2030» publizierte Vision des Chefs der Armee soll in den nächsten zehn Jahren – wenn alles gut geht – mit einer entsprechenden Strategie verwirklicht werden. Die begleitende Broschüre lässt allerdings einige Fragen offen.**

Bruno Lezzi

An einem Kaderrapport der Gruppe Verteidigung hat der Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, die Vision «Die Schweizer Armee im Jahr 2030» vorgestellt – unverständlicher Weise ohne nachträgliche Medienkonferenz. Eine Broschüre, die von einer auf «Markenerlebnisse mit Relevanz» spezialisierten Agentur gestaltet worden ist, gibt über diesen Wunschkatalog Auskunft. Obschon die im Tarnanzug neuester Ordonanz durch einen winterlichen Wald streifende Soldatin auf dem Titelblatt Optimismus versprüht, ist diese jüngste Publikation aus der Ideenwerkstatt der Armee in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen worden. Kein Wunder, denn die Bevölkerung plagen gegenwärtig ganz andere Sorgen: Im Zentrum steht nicht die Armee-, sondern die Impfstrategie. Auch den beiden Vorgängerinnen, den unter den Armeechefs Christophe Keckeis und André Blattmann 2007 bzw. 2015 publizierten Strategien, ging es nicht viel besser; sie wurden von den Tagesaktualitäten bald überrollt.

## Geringe Lesefreundlichkeit

Leider bedient sich das neuste Büchlein einer Sprache, die jede Lektürefreudigkeit rasch ersterben lässt. Texte, die nur zu verstehen sind, wenn zuvor das auf der Visionswebsite abrufbare Glossar konsultiert worden ist, taugen nicht für ein Armeedokument, das sich – wie in der Schweizer Milizarmee üblich – an ein grosses Publikum richtet. Und wenn Süssli schon auf der ersten Seite festhält, dass das Arbeitsergebnis «nicht selbstredend und ohne Erläuterung verständlich» sei, muss man sich im Bundeshaus Ost nicht wundern, dass ein öffentliches Echo bis jetzt ausgeblieben ist.

Das nur wenig später von der deutschen Verteidigungsministerin Anne-

gret Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Eberhard Zorn veröffentlichte «Positionspapier: Gedanken zur Zukunft der Bundeswehr» zeigt, wie man es hätte geschickter machen können, und dies erst noch in bescheidenerer Aufmachung.

Die wegleitenden vier strategischen Grundsätze für die Schweizer Armee beschränken sich auf altbekannte Selbstverständlichkeiten, auch wenn diese mit zeitgemässen Begriffen beschrieben werden: Ausrichtung auf aktuelle und allfällige künftige Einsätze, Unterstützung der Miliz und Nutzung des gesamten gesellschaftlichen und geistigen Potenzials des Landes für eine weitere Stärkung der Resilienz sowie Förderung von Innovation und Digitalisierung. Dagegen ist bestimmt nichts einzuwenden. Hingegen ist die Mischung aus Unternehmensleitbild für den Bereich Verteidigung als Arbeitgeber und aus Grundsätzen für die weitere Gestaltung der Milizarmee wenig plausibel. Die beiden Bereiche gehorchen jeweils unterschiedlichen Ansprüchen und Anforderungen und lassen sich nicht in allen Teilen unter einen Hut bringen.

## Inhaltliche Ungereimtheiten

Ärgerlicher ist indessen, dass der Versuch einer gedanklichen Durchdringung der aufgeführten Visionssegmente nicht nur unter mangelnder sprachlicher Präzision, sondern auch unter inhaltlichen Ungereimtheiten leidet. Auch wenn die eidgenössischen Räte noch besser und vor allem frühzeitiger als bisher über militärische Ausbauprojekte orientiert werden sollten, ist es nicht Sache der Armee, einen Abschluss von mehrjährig gültigen Vereinbarungen mit dem Parlament über Fähigkeiten, Leistungen und Ressourcen zu postulieren. Dafür wäre – wenn man überhaupt an ein solches Konstrukt glauben wollte – die Departementsführung

zuständig. Überdies sind Parlamentarierinnen und Parlamentarier dünn gesät, die über die nötige Sachkunde verfügen, um auf Augenhöhe in einen solchen Dialog eintreten zu können.

Eine Verwischung der jeweiligen Verantwortlichkeiten widerspräche den im Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit von 1994 festgeschriebenen Grundsätzen zur Verteidigungsplanung. Auf diese hat sich die Schweiz als OSZE-Mitgliedstaat – auch bei der Beteiligung an der NATO-Partnerschaft für den Frieden – verpflichtet. Vereinbarungen zwischen Parlament und Regierung drücken sich immer noch in Gesetzestexten aus.

Im Weiteren wird es äusserst schwierig werden, die Fähigkeiten der Armee konsequent aus den sicherheitspolitischen Berichten abzuleiten. Allein schon die Rhythmen für organisatorische Anpassungen der Armee und Beschaffungen von Rüstungsgütern erlauben solch schematisch-mechanistische Prozesse nicht. In einem zunehmend volatilen Umfeld sind Sicherheitsberichte wohl nützliche Standortbestimmungen. Sie haben aber nicht mehr jene langfristige Bedeutung, welche die Konzeption der Gesamtverteidigung von 1973 im Kalten Krieg genoss.

Und wenn man sicherheitspolitischen Berichten denn schon verpflichtenden Charakter zumessen will, sollte endlich auf den Begriff «Sicherheitsreserve» verzichtet werden. Er findet sich weder im Bericht 2010 noch im Bericht 2016. Er ist nur deshalb entstanden, weil die Armee trotz dem sicherheitspolitischen Bericht 2000 mit dem innenpolitisch polarisierenden Motto «Sicherheit durch Kooperation» fast ausschliesslich unter dem Vorzeichen der subsidiären Unterstützung der Zivilbehörden im Sinn einer polizeilichen Reserve verstanden wurde. Die Armee kann Reserve sein, sie ist aber in erster Linie ein Instrument der Sicherheits- und Aussenpolitik.

## Worthülse «Multidomain»

Schwer zu begreifen ist ebenfalls das Ziel, auf allen Führungsstufen «Multidomain»-fähig zu sein. Das Konzept «Multi-Domain Operations» der US Army steht seit mehreren Jahren in Diskussion. Nun hat es auch in Bern seine Spuren hinterlassen. Mit Blick auf eine allfällige militärische Konfrontation mit China und Russland soll das amerikanische Heer unter Einsatz modernster Kommunikationstechnologie das Potenzial der Teilstreitkräfte für Operationen zu Land, zur See und in der Luft sowie im Welt- und im Cyber-Raum nutzen können. Dieses Konzept, auf dessen Grundlage zurzeit intensiv experimentiert wird, stellt höchste Anforderungen an Organisation und Führung. Wenn der Chef der Armee einen solchen Massstab für die Schweizer Armee anlegt, sollte er umgehend einen Beitritt zur NATO beantragen. Denn in eigener Regie ist das nicht zu bewältigen.

Auch mit viel Phantasie ist die Definition, die sich die Armee für den Begriff «Multidomain» zurechtgelegt hat, nicht zu ergründen. Da steht im Glossar tatsächlich geschrieben: «Holistischer Denk-, und Handlungsansatz zur Gewinnung von Resilienz in einem volatilen, unsicheren, komplexen und ambivalenten Umfeld. Divisionen, Silos, Anspruchsgruppen und Operationssphären werden dabei aufgebrochen und entfalten gegenseitig komplementäre Synergien in einem umfassenden Ökosystem. Militärische Vorgehensweise», heisst es weiter, «mit welcher einer Bedrohung oder einer Gefahr aufgrund eines verzugslos antizipierten Umfeldes, stufen- und wirkungsraumübergreifend, präventiv oder unmittelbar, skalierbar und verhältnismässig, im Verbund mit Partnern sowie präzise, gebündelt und abgestimmt entgegengetreten wird.»

Man erinnert sich an Herbert R. Mc Master, den kriegserprobten General und ehemaligen Sicherheitsberater Donald Trumps, der in Vortragsnotizen, die er mir schickte, geschrieben hatte, dass es höchste Zeit sei, sich von verschwommenem Denken und einem kaum verständlichen Jargon mit Adjektiven wie «skalierbar» und «massgeschneidert» zu lösen. Diese Sprache pflege eine smarte Equipe von Verteidigungsinтеллектуellen in Think-Tanks und Ministerien. Nun ist leider auch noch die Schweizer Armee von diesem Virus befallen worden. Am liebsten würde man den Autorinnen und Autoren der jüngsten Armeevision den bril-

lant formulierten Aufsatz «Über Schriftstellerei und Stil» des Philosophen Arthur Schopenhauer von 1851 als Pflichtlektüre verordnen. Vielleicht liesse sich die Zahl von Plastikwörtern und Hohlformeln dann etwas reduzieren.

Konkret ist eigentlich nur das Visionsziel, einen Frauenanteil von über 10% zu erreichen, was – wenn es gelänge – nur zu begrüßen wäre. Im Kreis der Studentinnen, die meine sicherheitspolitischen Kurse an der Universität Zürich besuchten, gab es immer wieder solche, die sich im In- und Ausland militärisch engagierten, eine Infanteristin sogar im Oberleutnantsrang in einem heiklen Einsatz in Mali.

Beim Berufskader, das in Anbetracht der ambitionierten Zielsetzungen einen unverzichtbaren Pfeiler des schweizerischen Wehrsystems bilden muss, begnügt man sich indessen nur mit der Feststellung, dass dieses weiterhin als «Enabler» zu betrachten sei – mit einem Begriff also, der vorab im technologischen Bereich gebraucht wird. Viel besser wäre es gewesen, klipp und klar zu erklären, dass gerade bei den Berufsoffizieren konsequent auf dem eingeschlagenen Weg fortzuschreiten sei und Abstriche an der akademischen Ausbildung nicht in Frage kämen. Diese ist nötiger denn je. Wer das nicht glauben will, liest am besten den schon 2007 in der Zeitschrift «The American Interest» erschienenen Artikel «Beyond the Cloister» aus der Feder von General David Petraeus, worin der in vielen Feldzügen erfahrene Truppenführer eine akademische Schulung als grossen Pluspunkt beurteilt.

Armeepapiere mit Zukunftsvisionen vermitteln stets politische Botschaften. Auch wenn sich eine darauf basierende verbindliche Strategie erst in einem noch sehr frühen Bearbeitungsstadium befindet, ist das auch jetzt der Fall. Bundesrat Samuel Schmid hatte das unter Christophe Keckeis publizierte Papier mit ähnlicher Stossrichtung auf der Titelseite mit seiner Unterschrift genehmigt. Dank seinem feinen staatspolitischem Sensorium und seinen umfassenden staatsrechtlichen Kenntnissen wusste Schmid, weshalb dies nötig war ... ■



Oberst i Gst  
Bruno Lezzi  
Dr. phil. I, früherer NZZ-  
Redaktor und früherer  
Lehrbeauftragter Uni Zürich  
8802 Kilchberg ZH

## Cyber Observer

Alle Jahre wieder schrecken die frommen Datenschützer der westlichen Welt auf, zeigen mit dem Finger auf Microsoft. «Das geht so nicht», wird mit Inbrunst geschrien. Man will sich den heiligen Datenschutz nicht untergraben lassen.



Die modernen Versionen von Windows und Office kommen mit paradisischen Funktionen daher, die in der metaphysischen Cloud stattfinden. Speichern von Dateien, Generieren von Layoutvorschlägen, Umsetzen von Spracherkennung, etc.

Die Cloud, das ist halt eigentlich einfach der Computer von jemand anderem. In diesem Fall von Microsoft. Und es ist natürlich im Zeitalter von DSGVO eine Sünde, seine Daten einfach so mit den Rechnern anderer Leute zu verheiraten.

So manche Organisation hat versucht, sich den Verlockungen der Datensammler zu widersetzen. Man wendet sich dann von ihnen ab, versucht sich an einer digitalen Säkularisierung und findet seine Seligkeit in quelloffener Software. Linux und LibreOffice sind dann mitunter die keuschen Mittel der Wahl.

Bis die ersten Probleme auftauchen: Die Nutzer biblischen Alters grummeln, weil die Icons anders aussehen. Und die Makro-Priester kreischen, weil in wichtigen Teilen die Kompatibilität zum Marktführer fehlt.

Wer den Mut hatte, Microsoft den Rücken zu kehren, wird in vielen Fällen auch Mut aufbringen müssen, seine Absolution in der demütigen Rückkehr erlangen zu müssen.

Unsere Gesellschaft ist gezeisselt von Microsoft. Warum? Weil sie jahrelang eine gute Lösung bereitgestellt haben und sich so als Monopolist etablieren konnten. Ihnen das auf technischer Ebene streitig zu machen, hat noch niemand geschafft. Datenschützer müssen also auch weiterhin zu Kreuze kriechen und auf unsere aller Erlösung hoffen.

Marc Ruef  
Head of Research, scip AG